Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 42. Abendblatt. Sonnabend, den 25. Januar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 24. Januar. Mehrere Zeitungen haben nach den Kölnischen Blätern die Antwort des Königs an eine Deputation der Geistlichkeit der Diözese Culm mitgetheilt, die ihm mit Hinsicht auf die römische Frage eine Adresse zu Gunsten des Papstes überbracht hatte. Der Wortlaut der Erwiderung Sr. Maj. ist nicht festzustellen, indessen ist soviel zu sagen, daß die Antwort im Sinne der Grundsätze erfolgt ist, die früher in der Thronrede in Betreff der römischen Frage aufgestellt worden sind. — Die offiziöse „France" in Paris glaubt zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark einen für die Erledigung der nordschleswigschen Frage günstigen Verlauf nehmen, setzt indessen hinzu, daß, wenn eine Verständigung nicht herbeizuführen wäre, eine fremde Einmischung angezeigt sein würde. Um möglichen Irrthümern hierbei im Voraus zu begegnen, mag wiederholt darauf hingewiesen werden, daß nach den vertragsmäßigen Verhältnissen keine andere Macht als Oesterreich (dieses auf Grund des Prager Friedens) ein Recht hat, sich in die Lösung der nordschleswigschen Angelegenheit einzumischen. Durch eine fremde Einmischung von anderer als von österreichischer Seite würde eine befriedigende Lösung der Frage jedenfalls nur gefährdet werden. — In Betreff der Spielbanken-Angelegenheit können wir Folgendes mittheilen: Nachdem der König vor einigen Tagen die Grundsätze, nach welchen die Staatsregierung mit den Spielbank-Gesellschaften über das Aufhören des Spieles unterhandeln will, gebilligt hat, werden unverzüglich die Verhandlungen mit den Spiel-Unternehmern aufgenommen werden. Es ist eine definitive Erledigung der Angelegenheit bald zu erwarten. Sollten indessen die Verhandlungen zu einer gütlichen Regelung der Angelegenheit nicht führen, so würde die Regierung den andererseits vorgeschlagenen Weg des Austrags durch die Legislative beschreiten. — Der ursprünglichen Absicht entgegen wird die Berathung des Provinzialfonds für Hannover vorerst noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man hat die Erklärung dafür darin zu suchen, daß der Angelegenheit sowohl in parlamentarischen als Regierungskreisen große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die verschiedenen Fraktionen haben weder in sich noch unter sich bis jetzt zu einer bestimmten Verständigung darüber gelangen können. Man verkennt nicht, daß es sich um einen ernsten Gegenstand handelt und daß die Frage eventualiter auf die Stellung der Regierung zum Abgeordnetenhause von entscheidendem Einfluß werden kann. Die Regierung sieht die Angelegenheit bekanntlich von einem höheren politischen Standpunkte an. Der Präsident v. Forckenbeck hat auf diese Lage der Dinge Rücksicht genommen und dem Wunsche der Vertagung der Verhandlungen über den Provinzialfonds Rechnung getragen, damit für Verhandlungen genügende Zeit gewonnen werde, um eine befriedigende Lösung der Sache herbeiführen. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sah sich Herr Dr. Virchow zu der Erklärung genöthigt, daß seine über den General v. Troschke gemachten Aeußerungen unwahr seien. Es wird sich nun noch darum handeln, das „frühere ehrenwerthe Mitglied des Abgeordnetenhauses" kennen zu lernen, das Herrn Dr. Virchow die betreffenden Mittheilungen gemacht. — Durch die Ereignisse des Jahres 1866 und die Bildung des norddeutschen Bundes haben sich die Verhältnisse des Zollvereins in vielen Beziehungen erheblich geändert. Die norddeutschen Staaten und Staatsgebiete, welche sich zum Theil bisher von den für Preußen und die andern Staaten bestehenden Steuern auf Branntwein, Tabak 2c. ausgeschlossen hatten, sind jetzt sämmtlich, soweit sie dem Zollverein angehörten, diesen Steuern seit dem 15. Juli v. J. beigetreten. Die Abrechnung der aus diesen Steuern erwachsenen Einnahmen erleidet sowohl hierdurch als auch durch die Erweiterung des preußischen Staatsgebiets eine erhebliche Abweichung gegen früher. Die Theilnahme an dieser Besteuerung ist in Bezug auf Branntwein auf Hannover, Oldenburg, Nassau, Frankfurt und sein früheres Gebiet, Hessen-Homburg und die erworbenen baierischen und großherzoglich hessischen Gebietstheile ausgedehnt. Die Bevölkerung berechnet sich auf 3,285,064 Köpfe, eben so viel Antheile sind daher in der Berechnung seit dem 15. Juli v. J. mehr aufzunehmen. Vom 15. Juli v. J. ab partizipiren die genannten Landestheile an den gemeinschaftlichen Zolleinnahmen.

Berlin, 24. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 35. Sitzung. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Ministertische: Mehrere Regierungs-Kommissarien. — Die Bänke des Hauses sind bei der Eröffnung außerordentlich spärlich besetzt.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten, Fortsetzung der Vorberathung des Etats des Kultus-Ministeriums. — Zu Tit. 13 (Katholischer Kultus) macht Abg. Rohden auf den Unterschied der Eidesformeln aufmerksam, der in den Eiden der katholischen und evangelischen Pfarrer bestehe, und richtet an die Staatsregierung die Frage, ob sie Wege einschlagen wolle, diese Verschiedenheit zu beseitigen. — Der Regierungs-Kommissar, Unterstaats-Sekretär Lehnerdt bedauert, daß der Abgeordnete diese Anfrage nicht vorher formulirt und ihm dadurch Gelegenheit gegeben habe, die nöthige Information einzuholen. Er könne nur erklären, daß er die Anfrage zur Kenntniß des Kultusministers bringen und dem Hause Antwort geben wolle. — Zu Tit. 19 (Universitäten) liegen verschiedene Anträge vor. Die Kommissarien des Hauses beantragen, die Regierung aufzufordern: „Die bereits in der vorigen Session empfohlene Einrichtung landwirthschaftlicher Lehrstühle an der Universität zu Königsberg und Breslau, so wie gleichfalls an der Universität zu Kiel und die Einrichtung der für diese Lehrstühle erforderlichen akademischen Neben-Institute auf den Etat des Jahres 1869 zu bringen." — Abg. Lesse beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, an mehreren preußischen Universitäten, mindestens aber an der Universität zu Berlin, die Errichtung eines besonderen Lehrstuhls für Handelsrecht herbeizuführen." — Abg. Dr. Forchhammer beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge tragen zu wollen, daß die seit 1849 vakante Stelle eines Musikdirektors an der Universität zu Kiel wieder besetzt werde." — Endlich beantragt der Abg. Dr. Virchow: „Die Staatsregierung aufzufordern: 1) dafür Sorge zu tragen, daß höhere technische Lehranstalten, welche neu errichtet werden, z. B. Forstlehranstalten, in unmittelbaren Anschluß an die Universitäten gebracht werden; 2) der Königl. Universitätsbibliothek zu Berlin die von den Studirenden zu Bibliothekszwecken gezahlten Immatrikulations-Gebühren zufließen zu lassen, so wie für dieselbe ein ausreichendes Lokal zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schmidt (Stettin) empfiehlt den Antrag Virchow, Abg. Lesse den seinigen. Das Handelsrecht (sagt Letzterer) dürfe nicht als Nebensache behandelt werden; denn es nehme die volle Kraft eines Gelehrten in Anspruch. — Regierungs-Kommissar Unter-Staatssekretär Lehnerdt: Die Staatsregierung werde sich der Erledigung der in dem Antrage Lesse angeregten Frage nicht entziehen. Ob dies aber auch möglich sein werde schon für das nächste Jahr, darüber könne er keine Zusicherung geben. Es werde seine Schwierigkeiten haben, eine solche Nominal-Professur zu begründen in der Art, daß der Träger derselben sich nur mit diesem Gegenstande beschäftige. Dies sei eine Frage der Zukunft. Sollte das Haus den Antrag annehmen, so werde die Regierung sich bemühen, demselben zu entsprechen. In Berlin lesen schon mehrere Docenten das Handelsrecht, welche ihrer Aufgabe vollkommen genügten. Den Antrag des Dr. Virchow anlangend, so könne er nicht zusagen, daß die Regierung dem darin berührten Projekt näher treten werde. Er glaube das Gegentheil. — Abg. Dr. Ellissen erklärt, er habe in Bezug auf die Universität Göttingen, welche als Perle der deutschen Wissenschaft anzusehen sei, Anträge stellen wollen, dies jedoch unterlassen, weil er die wohlwollenden Intentionen der Regierung für die Universität kenne. Er wolle diese Anträge nur als Wunsch aussprechen, der dahin gehe, daß erweiterte Mittel für die Universität bewilligt werden möchten zum Bau eines Gebäudes für naturwissenschaftliche Sammlungen, für die Bibliothek und zur Errichtung einer Augenklinik. — Reg.-Komm. Geh. Rath Knerk: Die Staatsregierung habe die Bedürfnisse der Universität ernst geprüft und werde sich freuen, wenn die finanziellen Verhältnisse des Landes gestatten, denselben recht bald zu entsprechen. — Abg. Dr. Forchhammer vertheidigt seinen Antrag. — Reg.-Komm. Geh. Rath Knerk erwidert, daß in dieser Beziehung Anträge formulirt und bestimmte Persönlichkeiten bezeichnet werden müßten.

Abg. Dr. Gneist: Der Antrag Lesse, so wohl gemeint er sei, entspreche durchaus nicht den thatsächlichen Verhältnissen. Das Handelsrecht werde von sechs Lehrern neben einander gelesen; man könne buchstäblich den ganzen Tag Handelsrecht hören. Kein einziger Zweig sämmtlicher Fakultäten sei dem Personal nach so stark besetzt, als das Handelsrecht. (Hört! hört!) Das Haus dürfe keine Protektion für eine bestimmte Fakultät übernehmen, sonst gebe es noch weit wichtigere Zweige der Wissenschaft, für die eine Protektion nöthig wäre; er erinnere nur daran, daß das preußische Landrecht, also das eigene Landesrecht, nicht eine eigene Professur habe. — Abg. Schmidt (Stettin) fordert die Staatsregierung auf, den einzigen Lehrstuhl für slawische Sprachen an der Universität Breslau, der seit dem Tode des Professors Cybulski vacant sei, wieder zu besetzen. — Regierungs-Kommissar, Unterstaats-Sekretär Lehnerdt: Die Staatsregierung sei bemüht gewesen, einen Ersatz für Professor Cybulski zu finden; es sei ihr aber bis jetzt nicht möglich gewesen. Die Regierung setze jedoch ihre Bemühungen fort. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Forchhammer abgelehnt. Der Antrag des Abg. Dr. Virchow Nr. 1 wird abgelehnt, Nr. 2 mit 161 gegen 144 Stimmen angenommen. Endlich wird auch der Antrag des Hauses angenommen. — Der Antrag Lesse wird zurückgezogen. — Die Positionen werden genehmigt.

Zu Tit. 21 (Gymnasien und Realschulen) beantragt die Kommission des Hauses: 1) die Königl. Staatsregierung dringend aufzufordern, daß sie durch das Budget des Jahres 1869 den Normal-Etat für die K. Gymnasien vollständig erfülle und die andern Patronate zu derselben Verpflichtung anhalte. 2) In Erwägäng der von der K. Staatsregierung stets anerkannten und von der Landesvertretung wiederholt und dringend befürworteten Unterrichtsbedürfnisse des Großh. Posen, das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten nochmals aufzufordern, dem vom Hause der Abgeordneten in der letzten Session angenommenen Antrage: „Den dringenden Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung des Großherzogthums Posen durch Errichtung diesem Bedürfnisse entsprechender höherer Lehranstalten, vor Allem eines katholischen Gymnasiums im Regierungsbezirk Bromberg, schleunige Abhülfe zu verschaffen", Genüge leisten zu wollen.

Der Regierungs-Kommissar Unterstaats-Sekretär Lehnerdt erklärt sich mit dem Antrage 1 einverstanden, da es der Staatsregierung nur höchst willkommen sein könen, wenn es ihr gelinge, dem lange gefühlten Bedürfniß abzuhelfen. — Abg. Dr. Kosch bespricht die Frage wegen der Anstellungsfähigkeit der Juden als Lehrer und Richter. Er spricht zunächst dem Kultus-Minister seine Freude und seinen Dank darüber aus, daß endlich die der Anstellung jüdischer Professoren entgegenstehenden Paragraphen der Statuten der Universität Königsberg aufgehoben seien. Leider stehe es mit der Anstellung jüdischer Lehrer der Gymnasien und Realschulen anders. In dem Reglement über die Prüfung pro facultate docendi werde bestimmt, daß die Juden unter den vorschriftsmäßigen Bedingungen zur Prüfung zugelassen werden können, daß ihnen aber zu eröffnen sei, daß sie durch Ablegung der Prüfung einen Anspruch auf die Zulassung zum Probejahr oder auf Anstellung an höheren Lehranstalten der Monarchie nicht erlangen. Daraus ergebe sich, welches Labyrinth von Widersprüchen noch zwischen den Verfügungen des Kultus-Ministers beständen. Das Haus habe wiederholt auf Abhülfe gedrungen. Aehnliche Zustände existirten in den neuen Provinzen bisher nicht. Wie sei es möglich, daß eine Staatsregierung, die von dem Patriotismus ihrer jüdischen Mitbürger die kräftigsten Beweise habe, immer neue Verunglimpfungen derselben zulasse. Durch ein solches Verfahren schaffe man keinen Rechtssinn und kein Rechtsbewußtsein, sondern das Gegentheil. Das preußische suum cuique gebühre den Juden auch. (Beifall.)

Abg. Dr. Paur fragt die Staatsregierung, ob dieselbe den früheren Plan zur Gründung eines zweiten Gymnasiums in Breslau wieder aufnehme und ob dies nicht bald geschehe. — Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Gesetzlich ist die Regierung nicht berechtigt, die Gemeinden zur Gründung von höhern Lehranstalten zu zwingen. Die einzige Maßregel ist die, mit Schließung solcher Gymnasien zu drohen, die durch ihre Ueberfüllung ihrem Zwecke nicht mehr genügend zu entsprechen vermögen. Wenn in der Provinz Posen die Zahl der katholischen Lehranstalten nicht im richtigen Verhältnisse zu der Zahl der katholischen Bevölkernng zu stehen scheint, so beruht dies keineswegs auf Nichtberücksichtigung der katholischen Gymnasien, sondern auf dem Umstande, daß der größere Theil der katholischen Bevölkerung die dortigen höheren Lehranstalten weniger in Anspruch nimmt, als die evangelischen Einwohner. — Abg. Dr. Techow: Aus allen Aeußerungen der Regierung ist es nicht möglich zu erfahren, welche Stellung sie gegenüber der Anstellung jüdischer Lehrer einnimmt. Die Gymnasien erklärt sie für evangelisch oder katholisch, also bleibt für die Juden kein Raum mehr. In Posen war seit längerer Zeit ein jüdischer Lehrer, Dr. Jutrosinski, vom Magistrat angestellt und in seiner Stellung weiter aufgerückt, ohne vom Ministerium definitiv bestätigt zu sein. Im Februar 1867 wandte sich die Kommunalbehörde deshalb an den Kultusminister und verlangte die endgültige Anstellung des Lehrers. Bis jetzt ist eine Antwort nicht erfolgt. Es ist dringend wünschenswerth, daß die Regierung offen ihre Stellung zeigt, denn wenn sie die Anstellung jüdischer Lehrer nicht gestattet, so bleibt es unersichtlich, wie sie dieselben an einer Schule Jahre lang beschäftigen lassen kann. Möge man endlich dahin gelangen, daß der Gleichheit der Pflichten auch eine Gleichheit der Rechte entspreche. (Beifall.) — Abg. Herrlein klagt darüber, daß man in Kurhessen, wo bisher eine Scheidung der Lehranstalten nach den Konfessionen unbekannt war, die Simultanschulen plötzlich in Konfessionsschulen umgewandelt habe. — Regierungs-Kommissar Lehnerdt: Die Bezeichnung der hessischen Gymnasien nach ihrem konfessionellen Charakter beruht auf einer Mittheilung der dortigen Regierung. Eine rechtliche Anerkennung einer bestimmten exklusiven konfessionellen Eigenschaft der hessischen Gymnasien ist Seitens der frühern Regierung nicht ausgesprochen. An den Gymnasien unterrichten Lehrer verschiedener Konfession. Die Staatsregierung tritt dieser Frage immer näher und macht sich darüber schlüssig, welcher konfessionelle Charakter den Gymnasien beizulegen sei.

Abg. Laßwitz: In Breslau haben wir ein Grundstück angekauft, ein prachtvolles Gebäude errichtet für ein Gymnasium und eine Realschule, die Schüler sind in Massen vorhanden. Die städtischen Behörden haben beschlossen, die Schulen konfessionslos einzurichten, die Regierung hat es nicht genehmigt und der Regierungs-Kommissar hat gesagt, die Sache schwebe noch; ich glaube, es ist schon ein Jahr, daß die Sache schwebt. (Hört! hört!) Wenn der Herr Regierungs-Kommissar sagt, man müsse erst die praktische Erfahrung haben, so glaube ich, bei uns liegt die Sache umgekehrt; wir haben die praktische Erfahrung, das Gebäude ist errichtet, die Kinder wollen in die Schule, die Regiernng läßt sie nicht hinein. (Heiterkeit.) Ich glaube, wenn die städtische Behörde eine dieser Schulen für die jüdische Konfession hätte bestimmen wollen, so würde die Regierung auch Auswege suchen. Es ist wirklich traurig, daß wir aus diesem vitiösen Kreise nicht herauskommen. Das Publikum, die Bevölkerung mit gesundem Sinn hat ganz andere Anschauungen in Bezug auf konfessionelle Verhältnisse, als sie von Seiten des Kultusministeriums sich äußern, und wenn dies noch lange so fortgeht, so könnte der konfessionelle Frieden leicht gefährdet werden. Anzeichen dafür liegen bereits vor. — Reg.-Kommissar Lehnerdt: Ich halte mich für verpflichtet, die Besorgnisse des Herrn Vorredners wegen der Nichtgenehmigung einer jüdischen Realschule in Breslau zu beseitigen. Es besteht eine jüdische Realschule in Frankfurt a. M.; will die Judenschaft in Breslau eine solche errichten, so wird die Regierung dies nicht verweigern. Wenn der Herr Vorredner sich auf die Stimme des Volkes bezieht, so kann ich ihm sagen, daß an die Regierung Stimmen in ganz entgegengesetztem Sinne, und zwar aus sehr geachteten Kreisen, gelangt sind, und daß sie die Verpflichtung hat, allen Seiten gerecht zu werden. — Der Antrag 1 der Kommissarien des Hauses wird mit großer Majorität angenommen. — Zur Spezialdebatte über den zweiten Antrag der Kommissarien erhält das Wort der Abg. Lesse: Die Zahl der höheren Bildungsanstalten bedarf allerdings einer Vermehrung; in Posen kommt ein Gymnasium auf 148,555 Einwohner, in Westphalen auf 77,096. Auch die Frequenz ist danach verschieden; der Durchschnitt der Schülerzahl eines Gymnasiums beträgt in Posen 358, in Westphalen 197. Posen hat 9 Gymnasien und 1 Progymnasium; 4 sind evangelisch, 3 simultan, 2 katholisch. Das Bedürfniß der Vermehrung der höheren Bildungsanstalten wird dadurch deutlich. Ich und meine Freunde halten es aber für nothwendig, diesem Bedürfniß durch Errichtung von Simultan-Gymnasien abzuhelfen, da wir es mit einer Provinz gemischter Nationalität und gemischter Konfession zu thun haben. Ein großer Theil der Gemeindevorstände und Kommunen hat sich dieser Ansicht angeschlossen. Dadurch wird der konfessionelle Frieden am besten erhalten.

Abg. Kantak befürwortet den Antrag namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Bevölkerung Posens in ihrer überwiegenden Majorität katholisch sei. — Von den Abgg. v. Hennig und Lesse wird ein Antrag eingereicht, der auf die Errichtung von Simultan-Gymnasien in der Provinz Posen mit hinreichender Sorge für den Unterricht in der polnischen Sprache geht. — Abg. Witt wendet sich gegen Kantak und empfiehlt den Hennigschen Antrag. — Abg. v. Tempelhof: Die Zahl der katholischen Schulen hat sich in der letzten Zeit verachtfacht, die der evangelischen nur verdreifacht. Ich erkenne für höhere Bildungsanstalten das Bedürfniß des konfessionellen Charakters nicht an. Außerdem ist gerade die katholische Religion nicht besonders geeignet, freie wissenschaftliche Anstalten zu leiten. (Oh! Oh!) Da kann es Niemanden Wunder nehmen, wenn die Regierung etwas vorsichtig ist mit Einrichtung katholischer Gymnasien. In unserer Provinz ist die Religion das Zeichen der Nationalität; ein katholisches Gymnasium ist gleichbedeutend mit einem polnischen, um so mehr haben wir Grund, mit einem solchen Beschluß nicht zu eilig zu sein. — Abg. Bieck hält es für eine Pflicht der Regierung, dem anerkannten Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung in der Provinz Posen auf Errichtung eines katholischen Gymnasiums nachzukommen, und spricht sich auch im Prinzipe für den konfessionellen Charakter der höheren Bildungsanstalten aus. Redner protestirt zum Schlusse unter lebhaftem Beifall der rechten Seite des Hauses gegen die Behauptung des Vorredners, daß die katholische Kirche der freien Wissenschaft feindlich sei. — Abg. v. Hennig: Es ist nicht richtig, wenn der Staat mit Einrichtung höherer konfessioneller Schulen vorgeht. Schon Ladenberg habe ausgesprochen, daß Schulen, welche ausschließlich aus Staatsfonds dotirt werden, keinen konfessionellen Charakter haben dürften; dieser Charakter ist nur dann zu rechtfertigen, wenn die Dotation der Schule auf einer konfessionellen Stiftung beruht.

Es wird darauf der Antrag der Kommissarien mit überwiegender Majorität angenommen. Vicepräsident v. Köller will auch über den Antrag v. Hennig und Lesse abstimmen lassen, aber der Widerspruch des Hauses und die Erklärung des Abg. v. Hennig, daß er seinen Antrag nach der letzten Abstimmung selbstverständlich zurückziehe, und daß er dem Hause nicht die Errichtung eines katholischen und eines Simultan-Gymnasiums im Großherzogthum zumuthen werde, läßt es nicht dazu kommen. — Es folgt der Abschnitt Elementar-Unterrichtswesen. Zu Titel 22. und 23. Schullehrer-Seminare 338,535 Rt., Elementarschulen 725,109 Rt. liegen folgende Anträge vor: 1) Von den Kommissarien des Hauses a. die Regierung aufzufordern, den Dispositionsfond von 12,000 Thlrn. zu Besoldungen und Zuschüssen für Elementarlehrer um ein Bedeutendes im Etat pro 1869 zu erhöhen; b. die Regierung zu ersuchen, auch denjenigen militärpflichtigen Elementarlehrern und Schulamts-Kandidaten, welche nicht auf einem Schullehrer-Seminar ihre Vorbildung erhalten haben, die Begünstigung einer nur sechswöchentlichen Dienstpflicht gewähren zu wollen. 2) Von den Abgg. Bieck, Polomski und Wantrup: die Regierung aufzufordern, zur Verbesserung des Gehalts der Elementarlehrer, sowie zur Errichtung neuer Schulsysteme eine größere Summe auf den Staatshaushalts-Etat bringen zu wollen. — Abg. Harkort (von der Rednertribüne) bleibt absolut unverständlich; er scheint über die zu geringe Besoldung der Elementarlehrer zu sprechen. Abg. Schlichting (gleichfalls von der Rednertribüne und deshalb sehr schwer verständlich): Die Seminarien stehen zum großen Theil schon leer, da Niemand mehr seine Kinder zu Elementarlehrern hergeben will, nicht blos wegen der geringen Besoldung, sondern auch wegen des nachtheiligen Einflusses, den die Regulative auf die Volksbildung ausüben. — Abg. Graf Renard lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf den niedrigen Standpunkt der Volksbildung in Oberschlesien. Im Regierungs-Bezirk Oppeln fehlten nahezu 300 Lehrer. (Hört! hört!) Die neu bewilligte Schulrathsstelle wird dem nicht abhelfen können. Das ist gerade so, als wenn man Jemand, der Tage lang gehungert hat, einen Potsdamer Zwieback darreichen wollte. (Heiterkeit.) Der Grund dieses Uebelstandes liegt nicht blos in der Kärglichkeit des Lehrergehalts und in den unzureichenden Räumlichkeiten; der Grund liegt vielmehr mit in dem Gebrauch zweier Sprachen in den Volksschulen, ohne daß man auch Sorge trägt für die genügende Ausbildung der dazu erforderlichen Lehrer. Ich will einen bestimmten Antrag nicht stellen, indem ich von dem guten Willen des Kultusministers überzeugt bin, ich möchte ihn aber bitten, bei der nächsten Budgetaufstellung auch der nach geistiger Nahrung hungernden oberschlesischen Kinder zu gedenken (Beifall). — Die Sitzung wird vertagt. Zu einer persönlichen Erklärung erhält das Wort der Abg. Dr Virchow: Ich habe anzuzeigen, meine Herren, daß mir inzwischen Mittheilungen zugekommen sind, nach denen die Angaben, die ich neulich über den Herrn General v. Troschke machte, unrichtig waren. Ich konstatire das hiermit ausdrücklich. In dem Briefe waren noch einige andere Mittheilungen ge-

macht, ich enthalte mich daraüf einzugehen, da dieselben das Haus nicht interessiren und ihren Weg durch die Presse in die Oeffentlichkeit finden werden. — Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Etats des Kultus-Ministeriums, der Eisenbahnverwaltung und des Berg-, Hütten- und Salinenwesens.

— An Bord Sr. Majestät Schiff „Medusa" sind Versuche gemacht worden, eigenes Gebäck am Bord herzustellen, die ein so günstiges Resultat gehabt haben, daß von der Marineverwaltung die allgemeine Einführung der Selbstbereitung frischen Brotes am Bord der in Dienst gestellten Kriegsschiffe angeordnet worden ist.

— Auf dem Bahnhofe der Main-Neckar-Bahn zu Heppenheim an der Bergstraße fand am 20. d. M. wiederum eine Explosion einer mit Knallsilber gefüllten, nach Frankfurt bestimmten Kiste statt. Der Güterexpediteur ist lebensgefährlich verwundet. Der Absender der Kiste ist zur Zeit noch unbekannt.

München, 23. Januar. In der Abgeordnetenkammer wurde heute der Ausschußantrag bezüglich des Gewerbegesetzes angenommen. Eine Verständigung über die noch obwaltenden Meinungsverschiedenheiten wird erwartet. Vorgelegt wurden heute die Gesetzentwürfe über die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften und Aktiengesellschaften, sowie über Schließung und Trennung von Ehen zwischen Mitgliedern der vom Staate nicht anerkannten religiösen Sekten. — Ferner wurde das vom Kriegsminister aufgestellte Kontingentsgesetz mit einigen Modifikationen und mit Berücksichtigung des im Reichsrathe ausgesprochenen Wunsches in Bezug auf das Avancement angenommen. Der Antrag wegen vierjähriger Dienstzeit der Kavallerie wurde verworfen, jedoch steht darüber eine Verständigung in Aussicht.

Ausland.

Wien, 24. Januar. Wie die „Oesterreichische Korrespondenz" mittheilt, haben die preußischen Offiziere, welche den Leichenfeierlichkeiten des Kaisers Maximilian beiwohnten, sämmtlich Orden erhalten und zwar ist dem General v. Brauchitsch das Großkreuz des Leopoldordens, dem Oberst v. Willisen das Kommandeurkreuz desselben Ordens, dem Rittmeister v. d. Gröben der Orden der eisernen Krone dritter Klasse, den Lieutenants v. Wedell und v. Brauchitsch das Ritterkreuz des Josephordens verliehen worden.

Pesth, 20. Januar. Der König wird in nächster Zeit die Stadt Agram besuchen.

Prag, 21. Januar. Proletarierhaufen durchziehen, den Burschenmarsch pfeifend, die Hauptstraßen, die Fenster des Carolinen-Gebäudes und des deutschen Landestheaters einwerfend. Militär schreitet ein und zieht Verstärkungen an. Arretirungen und leichte Verwundungen durch Säbelhiebe sind vorgekommen.

Amsterdam, 24. Januar. Die Resultate der Neuwahlen zur zweiten Kammer sind jetzt fast vollständig bekannt; das Verhältniß der Parteien ist nur wenig geändert, doch haben die Liberalen einige Stimmen gewonnen.

Paris, 22. Januar. In der heutigen Sitzung des Ministerrathes ist endgültig die Emission der Anleihe von 400 Mill. entschieden worden. Außerdem sollen aber noch aus der Dotationskasse der Armee 8 Mill. Fr. Renten, als ungefähr 170 Mill. Kapital, auf den Markt gebracht werden. Die Regierung unterläßt nichts, um das Zustandekommen des Anlehens zu begünstigen. — Außer dem Rundschreiben des Ministers des Innern an die Präfekten, das heute von der „France" bestätigt wird, ist nunmehr auch das friedliche Manifest des Kaisers, angeblich in Gestalt eines Briefes an den Staatsminister, heute an die hohen Würdenträger des Reiches vertheilt worden. In einigem Widerspruche zu diesen Kundgebungen steht leider die Hast und der Eifer, mit welchem die militärischen Rüstungen fortgesetzt werden. Auf der Ostbahn macht man jetzt Versuche mit der Organisation von Eisenbahnzügen für die Verwundeten, um dieselben in einem demnächstigen Kriege praktisch anzuwenden. Eben so geht man mit äußerster Schnelligkeit mit der Organisation der mobilen Nationalgarde zu Werke, obwohl doch das betreffende Gesetz noch gar nicht von dem Senate votirt worden ist. Ende Februar sollen die Kadres schon aufgestellt und die Kontingentszahl auf die einzelnen Kantone vertheilt sein. Im nächsten Mai bereits denkt man zum ersten Male die vierzehntägige Uebung der neuen Korps vorzunehmen. Dabei lauten die Berichte aus dem Innern des Landes noch immer düster genug. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. In der Gegend von Lyon haben abermals mehrere Hunderte von Seidenwebstühlen ihre Arbeit einstellen müssen.

Paris, 24. Januar. Gutem Vernehmen nach hat Griechenland seinen Beitritt zum internationalen Münzvertrage erklärt.

Florenz, 23. Januar. Bei der heutigen Fortsetzung der Berathung über das Einnahmebudget für 1868 genehmigten die Deputirten Artikel 14 desselben, die Besteuerung von Lebensmitteln betreffend. Bei Diskussion des Artikels 18 über die Lotterie beantragte Mazzarella zur Tagesordnung überzugehen und die Regierung aufzufordern, auf Mittel und Wege zur Abschaffung der Lotterie zu denken. Der Finanzminister Cambray-Digny erwiederte, er könne diese wichtige Einnahmequelle nicht aufgeben und außerdem würde die Abschaffung der Staats-Lotterie das größere Uebel der Privat-Lotterieen hervorrufen. Die beantragte Tagesordnung wurde darauf verworfen und die Kammer genehmigte gleichfalls die Veranschlagung einer Summe von 60 Millionen als Einnahme aus der Lotterie für das Jahr 1868. Der Deputirte Villa kündigte an, die Regierung wegen der Ernennung Gualterios zum Hausminister bei Gelegenheit der Diskussion über die Civilliste des Königs interpelliren zu wollen.

— 24. Januar. Seitens der spanischen Regierung ist eine befriedigende Antwort auf die letzte diesseitige Note, betreffend die Erwähnung der italienischen Verhältnisse in der spanischen Thronrede hier eingegangen. — Der italienische Gesandte am russischen Hofe, Marquis Caracciolo ist hier eingetroffen; derselbe wird sich demnächst wieder auf seinen Posten nach St. Petersburg zurückbegeben.

Rom, 24. Januar. Das französische Transportschiff „La Moselle" von Toulon ist heute in Civita-Vecchia mit Artillerie-Munition eingelaufen.

Madrid, 23. Januar. Ein Dekret der Königin ertheilt den bei den Aufständen von 1866 und 1867 kompromittirten Personen volle Begnadigung. Ausgenommen sind nur die Abwesenden und in contumaciam Verurtheilten. Ein zweites Dekret begnadigt die von der Handels- und Kriegsmarine desertirten Matrosen.

Kopenhagen, 24. Januar. In der heutigen Sitzung des Volksthings erklärte der Konseilpräsident, er könne die Mittheilungen über die Verhandlungen, betreffend die Abtretung der westindischen Inseln, nicht schließen, ohne seine wärmste Anerkennung für die loyale und entgegenkommende Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit auszusprechen.

Petersburg, 24. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" beantwortet einige Artikel der Pariser Blätter „Journal des Débats" und „Patrie" in folgender Weise: Rußland ist ebenso wie Frankreich eine große und starke Macht. Ohne die Sucht, seine Grenzen zu erweitern, will es mit seinen Nachbarn in Frieden leben. Die Begründung des Wohlstandes im Innern ist die Hauptaufgabe Rußlands und sein Ehrgeiz besteht darin, sich europäische Industrie, Handel und Kunst vollständig anzueignen. Rußland schreitet mit Vorsicht und ohne Haß gegen fremde Nationen vorwärts und die russischen Völker sind von Natur tolerant und mitleidsvoll gegen das Unglück sowohl innerhalb als außerhalb ihres Landes. Sie beanspruchen nirgend eine Uebermacht, werden aber nicht die ungerechtfertigten Ansprüche Anderer zugeben. Sie wünschen einen durch Eintracht der Regierungen und Freundschaft der Völker konsolidirten Frieden. Wer den Krieg unvermeidlich macht, übernimmt eine furchtbare Verantwortlichkeit und wird den Fluch der Geschichte zu tragen haben. In der Gegenwart ist ein Krieg nicht eine Quelle des Ruhmes, sondern nur ein Unglück.

Zoula, 14. Januar. Es wird gemeldet, daß der König Theodorus in Wadela sei und sich den Rebellen von Dalanta unter Godazyle gegenüber befinde. Man sieht einem heftigen Kampfe entgegen. Godazyle hat eine freundschaftliche Botschaft an Napier gesandt.

Newyork, 11. Januar. Im Repräsentantenhause wurde der Beschluß gefaßt, den Präsidenten Johnson zu ersuchen, sich zu Gunsten des in Kanada wegen fenischer Umtriebe gefangen gehaltenen Priesters Mac Mahon, sowie für die in Irland verurtheilten amerikanischen Bürger Lynch, Warren, Nagle und Andere bei der Königin von England verwenden zu wollen.

— Gestern Abend fand in Washington ein Massenmeeting statt, von welchem Resolutionen über die Wahrung der Rechte amerikanischer Bürger im Auslande angenommen wurden. Andere Resolutionen tadeln den amerikanischen Gesandten in London, Adams, weil derselbe sich der in England und Irland gerichtlich verfolgten amerikanischen Bürger nicht angenommen und sich dadurch einer Pflichtversäumniß schuldig gemacht habe. Das Meeting richtet deshalb an den Senat die dringende Aufforderung, im Wege verbesserter Gesetzgebung für den Schutz des amerikanischen Bürgerrechts im Auslande Sorge zu tragen und der harten Behandlung, welche amerikanische Bürger Seitens der englischen Behörden zu erleiden hätten, in Zukunft vorzubeugen. Aehnliche Meetings sind in anderen Städten, und zwar hauptsächlich auf Anstiften der Fenier oder ihres Anhanges, abgehalten worden.

Pommern.

Stettin, 25. Januar. Die Eisfischerei auf dem Dammschen See, dem Papenwasser und dem Haff ist in diesem Winter nicht so ergiebig, als dies sonst der Fall gewesen und sind die Preise der Fische daher für die jetzige Jahreszeit ziemlich hoch, zumal die Versendungen grüner Waare nach Berlin, Posen, Breslau &c. fast den ganzen Fang vom Markte nehmen. Es ist eine nicht zu verkennende Thatsache, daß die Fischerei in der Oder mit ihren Nebenströmen und im Haff von Jahr zu Jahr weniger ergiebig wird, wozu der starke Dampfschiffsverkehr, durch den die Fische von den Laichplätzen verscheucht werden, wesentlich beiträgt. Einen vollständigen Ersatz für diesen immer fühlbarer werdenden Mangel würde die Seefischerei zu liefern im Stande sein, allein der mangelhafte Verkehr mit Swinemünde macht den Versandt der Seefische im Winter äußerst schwierig, ja verhindert denselben fast ganz. Sollte das Projekt einer direkten Eisenbahn-Verbindung zwischen hier und Swinemünde jetzt endlich, wie es allen Anschein hat, zur Ausführung kommen, so werden auch dem Seefischhandel neue Absatzquellen eröffnet werden, und dem Inlande ein wichtiger Konsumartikel von hier aus zu jeder Jahreszeit zugeführt werden können.

— Der neu ernannte Kommandant unserer Stadt, Herr General-Lieutenant v. Freyhold, ist gestern zur Uebernahme der Geschäfte hier eingetroffen.

— Dem Obersten v. Heimroth, aus früher anhaltinischen Diensten dem Grenadierregiment König Friedrich Wilhelm IV. Nr. 2 in Stettin aggregirt, ist der nachgesuchte Abschied als General-Major mit Pension bewilligt worden.

— Gestern sind in den Volksküchen 2270 Portionen Suppe, und zwar auf der Lastadie 771, Torney 138, Grünhof 220, Grabow 230, Bredow 306, Bredower Antheil 405, Züllchow 161 Portionen verabreicht.

— Ein hiesiges demokratisches Blatt bringt zur Unterhaltung seiner Leser in der gestrigen Abendnummer eine romantische Erzählung in Betreff einer bitteren Erfahrung, welche die Nächstenliebe bei dem gegenwärtigen Nothstande auf dem Bredower Antheil gemacht haben soll, indem eine hiesige Kaufmannsdame angeblich durch die ihr von einer Einwohnerin jenes Ortes gemachten, nachträglich als lügenhaft ermittelten Angaben über den Tod ihres Mannes, die dadurch hervorgerufene herzzerreißende Noth u. s. w. zur Hergabe einer namhaften ersten Unterstützung verleitet worden sei. An dieser ganzen Erzählung ist, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, kein wahres Wort und ist es auch nicht unsere Aufgabe, dergleichen wahrheitswidrige Angaben zu berichtigen, so erscheint uns diese Mittheilung doch schon aus dem Grunde geboten, um nicht „unbegründetes" Mißtrauen aufkommen zu lassen.

— Vor dem Kriminalgericht stand gestern die 25jährige unverehelichte Dorothea Howe aus Schwarzow unter der doppelten Anklage der Beseitigung einer Kindesleiche und der fahrlässigen Tödtung eines Menschen. Die Anklage gründete sich auf folgenden Sachverhalt. Am 29. April 1867 wurde der Hirt aus Schwarzow, welcher auf der dortigen Feldmark Schafe hütete, durch seinen Hund auf einen stark in Verwesung übergegangenen Kinderleichnam aufmerksam gemacht, den vermuthlich ein Raubthier aus der Erde gescharrt hatte; später am Abend war die Leiche von dort verschwunden. Ferner fanden Frauen, welche in den ersten Tagen des September v. J. über den Torney'schen Kirchhof gingen, auf einem Grabe, dicht am Wege, einen leinenen Beutel, in welchen, wie sich herausstellte, die Leiche eines Kindes männlichen Geschlechtes eingewickelt war. Nach dem Geständniß der Angeklagten hatte sie das erste Mal im Herbste 1866 auf der Schwarzower Feldmark, nachdem bereits die Wintersaat bestellt gewesen, geboren und die Leiche des Kindes, welches nur ungefähr eine Viertelstunde gelebt haben soll, eingescharrt. Ihren Zustand hatte sie zu verheimlichen gewußt und so blieb ihre That verborgen. Ein Jahr später befand sie sich wieder in gesegneten Umständen und war sie, ihrer Angabe nach, auf dem Wege nach Stettin begriffen, wo sie sich einen Dienst suchen wollte. In der Nähe von Torney gebar sie abermals, wickelte in Ermangelung von irgend welchen Kleidungsstücken das Kind in einen Sack, den sie mit sich führte, und legte solchen mit dem Kinde an jener Stelle nieder, wo ihn die Frauen fanden. Nach ihrer Versicherung hatte sie die Absicht, ihr Kind, wenn sie aus der Stadt zurückkehrte, abzuholen und anderweit in Pflege zu geben. Das Urtheil der sachverständigen Aerzte lautete übereinstimmend dahin, daß nach dem Obduktionsbefund „Stickfluß" die Todesursache gewesen, und daß derselbe sehr wohl in Folge Entziehung der atmosphärischen Luft durch Einhüllung in den dichten Beutel habe herbeigeführt sein können. Die Angeklagte wurde der beiden ihr zur Last gelegten Vergehen für schuldig erkannt und dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

— Die Vorstellungen im Salon „Agoston" erfreuen sich fortgesetzt einer sehr regen Theilnahme des Publikums, welches den von einem humoristischen Vortrag begleiteten Zauberstückchen mit lebhaftem Interesse folgt, umsomehr, als Herr Agoston seinen Produktionen eine angenehme Abwechselung zu geben weiß. Eine Ueberraschung wurde dem Publikum gestern Abend dadurch geboten, daß der ganze Schützengarten durch elektrisches Licht, welches der Winterlandschaft einen magischen Anblick verlieh, erleuchtet war.

Stargard, 24. Januar. Die durch Pensionirung des Stadtsekretärs Haase erledigte Stadtsekretär-Stelle soll, wie uns mitgetheilt wird, dem Herrn Möhnert, Feldwebel im Füsilier-Bataillon 2. pomm. Grenadier-Regiments (Colberg) Nr. 9, übertragen worden sein. — Der Grenadier Köhn vom 14. Infanterie-Regiment, welcher sich von seinem Regimente heimlich entfernt, wurde gestern von dem Gensd'armen Droese ergriffen und an das hiesige Regiments-Kommando abgeliefert.

Literarisches.

Gruppe, Vaterländische Gedichte. Neue Folge: der Krieg von 1866. Neuruppin 1867. S. 39. Wir haben in diesem Blatte bereits der vaterländischen Gedichte lobend Erwähnung gethan. Die edle Sprache, der frische Geist, der in denselben weht, die Vaterlandsliebe, welche sich in ihnen ausspricht, und der dichterische Schwung, welcher dieselben durchdringt, empfehlen sie als Lektüre für die reifende Jugend, und werden manche derselben eine bleibende Stätte in der Schule gewinnen. Auch die neue Folge reiht sich würdig der früheren Sammlung an und enthält manch treffliches Gedicht; sie giebt dem Ganzen erst den würdigen Abschluß. Die Siege von 1866, sagt der Verfasser selbst, bringen die Bestrebungen aller Regenten des Hohenzollernschen Hauses, die zugleich in das Blut des Volkes übergegangen sind, erst zu ihrem glorreichen Abschluß. Wie nun die vaterländischen Gedichte ganz besonders diesen durch Preußens Geschichte hindurch laufenden Faden festzuhalten und hervorzuheben bemüht waren, so durften die denkwürdigen Ereignisse des Krieges von 1866 auch hier nicht fehlen. Die Dichtkunst mag, wo alle Künste zur Verherrlichung sich aufgefordert sehen, nicht zurückbleiben, und vielleicht ist schon so viel Abstand der Zeit gewonnen, um in großen Zügen das Bild und die Bedeutung jener Tage zu fassen und es in der Sprache dieser Kunst patriotischen Herzen vorzuführen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 25. Januar. Witterung: trübe. Temperatur — 4°, Morgens — 8° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. gelber 103—107 Rt. bez., ungarischer 91—98 Rt. bez., polnischer bunter und weißbunter 98—107 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühj. $102\frac{1}{2}$, $102\frac{1}{4}$, 103, $102\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $102\frac{1}{2}$ Rt. Br., Juni 103 Rt. bez.

Roggen anfangs höher, dann weichend, schließt behauptet, pr. 2000 Pfd. loco feiner 78, $79\frac{1}{2}$ Rt. bez., geringer 77, $77\frac{1}{2}$ Rt. bez., Januar 79 nom., Frühjahr $81\frac{1}{4}$, $80\frac{1}{2}$, 80 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 81, 80 Rt. bez., Juni-Juli 79 Rt. Br., Juli-August 75 Rt. Br., September-Oktober 67 Rt. Br.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco geringe ungarische $51\frac{1}{2}$ Rt. bez., bessere ungar., mährische und märk. 53—55 Rt. bez., Frühj. schles. 55 Rt. Gd.

Hafer höher bezahlt, per 1300 Pfd. loco 37, 38 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $39\frac{3}{4}$ Rt. bez., $39\frac{1}{2}$ Br.

Erbsen fest, per 2350 Pfd. loco 67—70 Rt. bez., Frühjahr Futter- $71\frac{1}{2}$ Rt. Br., 71 Rt. Gd.

Petroleum fest, loco $6\frac{11}{12}$, 7 Rt. bez., Januar $6\frac{11}{12}$ Rt. bez.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Januar 10 Rt. bez., Januar-Februar $10\frac{1}{24}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{1}{4}$ Rt. bez. und Br., $10\frac{1}{6}$ Rt. Gd., September-Oktober $10\frac{7}{12}$ Rt. bez.

Mais ungarischer loco per 100 Pfd. $2\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Spiritus schließt matt, loco ohne Faß $20\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar und Januar-Februar 20 Rt. Gd., Frühjahr $20\frac{3}{4}$ Rt. bez., $20\frac{2}{3}$ Rt. Br., Mai-Juni $20\frac{5}{6}$ Rt. Br., Juni-Juli $21\frac{1}{6}$ Rt. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 79, Rüböl 10, Spiritus 20.

Landmarkt.

Weizen 100—106 Rt., Roggen 75—77 Rt., Gerste 51—53 Rt., Hafer $36\frac{1}{2}$—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 66—70 Rt. per 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—20 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt.

Hamburg, 24. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco und auf Termine wesentlich höher, ab auswärts lebhaft und höher. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 180 Bankothaler Br., 179 Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gd., Januar-Februar 141 Br., 140 Gd., per Frühjahr 140 Br., 139 Gd. Hafer fest. Rüböl loco $22\frac{3}{8}$, per Mai $23\frac{1}{4}$. Spiritus höher gehalten. Kaffee ruhig. Zink sehr stille. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 24. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen loco 3 Fl. höher, pr. März $316\frac{1}{2}$, pr. Mai $320\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $35\frac{1}{2}$, pr. Novbr.-Dezbr. 37.